

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: "Landmanns Sonntagblatt" und "Militärisches Unterhaltungsblatt". / Bezugspreise: Monatlich für Abnehmer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörungen stellt sich ersichtlich jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die Spaltenweise Preisschritte oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Zeilenweise 40 Pfg., Auskunftsgebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen; sowie für richtige Wiedergabe unbedeutend geschiebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühren: 10.— M. das Laufen, zuzüglich Postgebühren. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 64

Dienstag, den 3. Juni 1930

32. Jahrg.

Neues in Kürze.

- * „Graß Joppelin“ ist wohlbehalten in Lateinisch gelandet.
- * Der Reichstagsabgeordnete Dr. Goebels ist wegen Verleumdung des Reichstagspräsidenten zu 800 Mark Geldstrafe verurteilt worden.
- * Der hiesige Staatsminister Baum hat in einer längeren Erklärung zu den Ausführungen des Reichsinnenministers in der hiesigen Polizeifrage Stellung genommen.
- * Die von dem indischen Botschafter zur Sicherung der Ruhe und Ordnung herausgegebenen Maßnahmen zeigen wieder einmal die hohe Kultur Englands in der Behandlung der Bewohner seiner Kolonialstaaten.

Gegen das Waffengesetz.

Waffenheine für Heib- und Stogwaffen.

— Berlin, 31. Mai.

Die immer wiederkehrenden blutigen Zusammenstöße zwischen politischen Gegnern haben Verhandlungen zwischen dem Reich und den Ländern herbeigeführt, die bezwecken, ein Waffengesetz für den Gebrauch von Heib- und Stogwaffen zu schaffen. Die Erörterungen bei den Länderregierungen darüber sind so gut wie abgeschlossen. Man rechnet damit, daß in etwa zwei bis dreiwöchigen drei Wochen das Reichskabinett seine Entscheidung über den Referentenentwurf beschließen kann. Jedenfalls soll noch vor der Sommerpause das Gesetz von Reichsrat und Reichstag verabschiedet werden.

Das Gesetz soll das Tragen von Heib- und Stogwaffen in der Öffentlichkeit verbieten. Lediglich in Ausnahmefällen für berufliche und besondere Zwecke sollen dafür entsprechende Heib- und Stogwaffenheine ausgeben werden, die allein zum Erwerb und zum Tragen von Schlagringen, Dolchen und ähnlichen Waffen berechtigen.

Die Häufung der blutigen Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, die Häufung der Mordfälle auf offener Straße hat jetzt endlich zu einer Befestigung der Maßnahmen geführt, die schon lange notwendig waren — zur Befestigung der amtlichen Maßnahmen gegen den Waffensmuggel. Man hat vor ein paar Jahren die Bestimmungen über Schußwaffen erheblich verschärft. Bis vor einiger Zeit war zum Erwerb einer Schußwaffe nicht die Vorlegung eines Waffenscheines erforderlich. Der Verkäufer durfte ohne weiteres verkaufen und der Käufer wurde nur verantwortlich gemacht, wenn man zufällig bei ihm die Waffe fand. Diese Bestimmungen sind dann doch wieder verfallen, so daß der Verkäufer selbst verantwortlich gemacht und ihm aufgegeben wurde, sich den Waffenschein vorlegen zu lassen. Aber trotzdem hat während der letzten Jahre die Zahl der Schießereien zugenommen, wobei man die absolute Sicherheit haben kann, daß bei den blutigen Zusammenstößen, die sich in Berliner Straßen und Berliner Vororten ereigneten, die Beteiligten auf beiden Seiten wohl keinen Waffenschein hatten, obwohl sie über Schußwaffen verfügten. Die Strafbestimmungen sind also hier wohl nicht scharf genug gesetzt, um wirklich vor dem unberechtigten Verkauf und dem unberechtigten Erwerb von Schußwaffen abzuwehren, ganz abgesehen davon, daß eben vor dem Erlaß der letzten verschärfenden Bestimmungen schon eine große Anzahl von Waffen verkauft waren, die jetzt von Hand zu Hand gehen. Man wird, wenn man das politische Nöthigen wirklich erfüllen will, also einmal die Strafbestimmungen zu verschärfen haben, zum anderen aber auch Mittel suchen müssen, um die jetzt in den Händen extremer Verbände oder ihrer Angehörigen befindlichen Waffenscheine zu ermitteln und zu beschlagnahmen. Die Ausführung des kommenden Gesetzes soll selbstverständlich in die Hände der Länderregierungen gelegt werden. Es muß aber gerade, wenn das kommende Gesetz scharf und wirksam sein soll, dafür gesorgt werden, daß auch die Durchführung, die den Länderregierungen obliegt, einheitlich vor sich geht und daß nicht in einzelnen deutschen Ländern die Bestimmungen des Reichsgesetzes umgangen werden, denn in diesem Fall wäre das ganze Gesetz ein Schlag ins Wasser, und die Extremen würden nach wie vor Mittel finden, ihr auszurufen.

Die Finanzkalamität des Reichs.

Mietbedarft der Arbeitslosen: 600 Millionen.

— Berlin, 31. Mai.

Im Haushaltsausfluß des Reichstages stellte Reichsfinanzminister Moldenbauer zunächst fest, daß am Schluß des Rechnungsjahres 1929 ein Gesamtfehlbetrag von 465 Millionen Mark vorhanden war. Von diesem Betrage wurden 15 Millionen für die Heil- und 35 Millionen im Rahmen des allgemeinen Arbeitsprogramms verwendet.

Der Anleihenbedarf des Reichs habe sich am Ende des Rechnungsjahres 1929 auf 818,7 Millionen belaufen. Der Minister behandelte dann die Entwicklung der Finanzen im Rechnungsjahre 1930. Er bestätigte, daß die Reichseinnahmen im April um 47,5 Millionen zurückgefallen seien und wandte sich dann den einzelnen Heib- und Verbrauchssteuern zu. Er glaube, daß das Haushaltsjahr 1930

einen Minderertrag von 86,6 Millionen bei den Heib- und Verbrauchssteuern ergeben werde, während er für die ersten 8 Monate der Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchsabgaben einen Gesamtfehlbetrag von 60 Millionen erwarte. Der Minister meinte, daß spätere Mindererträge notwendig durch eine neue Gesetzgebung im Winter beseitigt werden könnten.

Bei der Tabaksteuer rechnet er entsprechend für die ersten 8 Monate mit 40 Millionen Minderertrag, so daß er für das gesamte Jahr 1930 auf einen voraussichtlichen Fehlbetrag von 136,6 Millionen kam.

Dr. Moldenbauer errechnete bei der Arbeitslosenveränderung einen weiteren Mehrbedarf von 600 Millionen Mark. Insgesamt betrage also der Fehlbetrag 736,6 Millionen. Zum Teil werde sich die Deckung dieser Mehrverwendungen durch Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung gefunden ergeben.

Bezüglich des noch verbleibenden Ausfalls habe sich das Kabinett bisher ein allgemeines Bild über die Notwendigkeit einer Deckung und die hierfür gegebenen Möglichkeiten gemacht, ohne sich auf einen bestimmten Weg festzusetzen.

Arbeit für 150000 Erwerbslose.

Stiegewald über das Arbeitslosenprogramm.

— Berlin, 31. Mai.

Reichsarbeitsminister Stiegewald hielt auf einer Kundgebung der Bundesauschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes eine Rede über das Arbeitslosenproblem. Der Minister führte u. a. aus, wir befinden uns gegenwärtig in einer Weltwirtschaftskrise, die darauf beruht, daß durch den Krieg und seine Begleiterscheinungen große strukturelle Veränderungen in der Weltwirtschaft festzustellen sind und daß weiterhin die Produktionskapazität in Industrie und Landwirtschaft dem Bedarf weit voraus geht.

Die 2 Millionen Erwerbslosen schmücken die deutsche Kaufkraft wesentlich jährl. um 4-5 Milliarden Mark. In der Finanzpolitik des Reichs und der Gemeinden seien in den letzten 5 Jahren schwere Fehler gemacht worden. Jetzt, wo man glaubt, daß durch die Annahme des Young-Plans Erleichterungen zu erwarten seien, müssen Volk und Wirtschaft mit rund 2 Milliarden neu belastet werden. Für 2 1/2 Millionen Arbeitslose müßten im laufenden Jahre über 2 Milliarden Mark aufgewandt werden. Mit einem gewissen Recht werde gesagt, es sei verfehlt, so hohe Unterhaltungen zu verursachen, anstatt Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Um über 2 Millionen Erwerbslose normal beschäftigen zu können, seien 6 Milliarden Mark notwendig.

Aus einer Wirtschaft könnten aber nicht beliebig Aufgaben herausgegriffen werden, wenn noch etwas übrig bleiben soll für die Lohn- und Gehaltszuteile. Unsere gegenwärtige Lage sei ernst. Die Reichsregierung hoffe, wenn der Reichstag ihren Vorschlägen beitrete, in kurzer Zeit 120 bis 150 000 Arbeiter Arbeit und Brot zu finden. Für jene, die nicht sofort in den Produktionsprozess eingegliedert werden können, müsse gesorgt werden. Der Reichstag müsse darüber nachdenken, wie von den vorhandenen Mitteln noch für weitere 5-600 000 Erwerbslose neue Mittel zu beschaffen sind.

Reichskabinett und Finanzen.

Günstige Aussichten für die Wirtschaft.

— Berlin, 1. Juni.

Das Reichskabinett wird sich kaum vor dem nächsten Dienstag wieder mit der Sanierung der Finanzen beschäftigen können. Ob es selbst dann zu einer definitiven Entscheidung kommt, ist auch noch nicht ganz sicher. Wichtigstens machen sich neue Bestrebungen geltend, mindestens mit einem Teil der beabsichtigten Maßnahmen noch einige Zeit zu warten. Der Grund dafür ist weniger in eigenen Erwägungen der Regierung zu suchen als in Vorstellungen, die von der Bankwelt erhoben werden und der Regierung nahegelegt worden sind.

Man rechnet in den Kreisen der hohen Finanz damit, daß in den nächsten Monaten ziemlich bestimmt eine Belebung der Wirtschaft erfolgen werde, und man argumentiert so, daß Beschlüsse, die auf der jetzigen schlechten Lage beruhen, seien es Steuererhöhungen oder Abbaumaßnahmen, einen neuen und vielleicht noch dazu überflüssigen Druck auf die Wirtschaft ausüben müßten.

Wären die Voraussetzungen, von der diese Anschauungen ausgehen, bewiesen oder beweisbar, so müßte man den Schlussfolgerungen unbedingt zustimmen. Zweifellos muß man sich jede neue Steuer und auch jede Abbaumaßnahme überlegen, die die Depression der Wirtschaft nur verneinern kann. Die Hoffnung auf eine Besserung der Wirtschaft zum Herbst ist aber ein vollkommen unsicherer Faktor, und es ist daher fraglich, ob die Regierung mit diesem Faktor rechnen kann, ohne in ein allzu großes Risiko zu laufen. Eine Anzahl von Maßnahmen würde ja noch im günstigen Falle notwendig sein, da die Arbeitslosigkeit weiterhin über normal bleibt, was uns noch bis zu Herbsttermin der verprochenen Wirtschaftsbesserung weitere Anlässe finanzieller Entlastungen in der Bankwelt betreffen könnte, wird es immer noch eine zweite Frage

bleiben, ob die der Ausschließung eines größeren Teiles der Sanierungsmaßnahmen zustimmen wird.

Die Polizeifrage in Thüringen.

Staatsminister Baum zur Länderkonferenz.

— Weimar, 1. Juni.

Zu der Mitteilung des Reichsinnenministers über die Länderkonferenz in Berlin am 28. Mai 1930 nimmt jetzt Staatsminister Baum in einer längeren Erklärung Stellung, in der es u. a. heißt:

Nach Ansicht des Thüringer Staatsministeriums läßt die Beschaffung einer Sperrung der Reichszuschüsse wegen Einstellung von Nationalsozialisten nicht zu, weil dies den freien Bestimmungen der Reichsverfassung widerspricht. Es besteht kein Anlaß, daran zu zweifeln, daß die Polizeidirektoren in Aussicht genommenen Beamten, deren Einstellung das Reich beantragt, ihre künftigen Kempter entsprechend den Grundgesetzen unparteiisch verwalten werden. Der Anlaß, aus dem das Reich zur Sperrung der Zuschüsse an Thüringen herbeiführt, ist überdies viel zu unbedeutend, als daß man in ihm eine Gefahr für die Sicherheit des Landes oder des Reiches erblicken kann. Von den sechs für die Stellen der Polizeidirektoren in Aussicht genommenen Beamten ist nur ein einziger eingetragenes Mitglied der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Wenn weiter zum Vertreter des Polizeidirektors in Weimar ein Gerichtsdirektor bestellt werden soll, der Mitglied der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ist, so kann auch darin niemals eine Gefahr für das Reich oder Land erblickt werden.

Gegenüber der Mitteilung des Reichsinnenministeriums über die Länderkonferenz muß festgestellt werden, daß eine Ablehnung der Vorschläge der Innenminister nicht erfolgt ist und daß die Konferenzen weder Feststellungen getroffen hat, noch irgendwelche Beschlüsse fassen konnte. Eine Sperrung der Polizeizuschüsse durch das Reichsinnenministerium erhöht der Rechtsgrundlage. Sollte die Sperrung, wie Erwartet, dennoch erfolgen, so würde das Staatsministerium gesonnen sein, die Entscheidung des Staatsgerichtshofes anzufordern.

Das Ausgabenentzugsgesetz.

Inhalt und Kritik.

Der Entwurf für das Ausgabenentzugsgesetz ist im Reichsfinanzministerium fertiggestellt und dem Reichskabinett zugangs, das am Montag erfindlich zu diesem bedeutungsvollen Vorhaben Stellung nehmen wird. Es handelt sich um ein Gesetz, das sich in der Hauptsache mit Fragen beamtenrechtlicher und bedienungspolitischer Art befaßt.

Neben Kürzung der Bezüge, Personalabbau, Kürzung des Urlaubs, Einstellungssperre, Pensionstärkung, Aufhebung der Gleichstellung der verheirateten weiblichen Beamten, Heraushebung der Dienstaltersgrenze und Wiedererrichtung eines neuen Bedienungssperregesetzes für Länder und Gemeinden sind noch Bestimmungen geringfügiger Art wie Zusammenlegung und Auflösung von Bezirken vorgesehen.

Die Kürzung der Bezüge löst durch die allmähliche Beseitigung der örtlichen Sonderzuschläge einsehen. Diese Sonderzuschläge halten sich nur in sehr bescheidenen Grenzen. Sie werden nur in besonders reichen Großstädten und Industriegebieten sowie im belagerten Gebiet gezahlt. Wenn an einer Kürzung des Erholungsurlaubs im Hinblick auf die schwere finanzielle Lage des Reiches nicht vorbeigegangen ist, so darf sie auf keinen Fall ebenfalls vorgenommen werden und muß sich auf diejenigen Beamten beschränken, deren Stellvertretung während der Erholungszeit mit Kosten verknüpft ist.

Büßig unverdächtig muten die Bestimmungen an, die sich auf einen Personalabbau beziehen. Es wird eine Verjüngung der Spitze des gesamten Personals der Reichsministerien um 10 Prozent angestrebt. Das mag bei einzelnen, mit Personal überlegten Ministereien, insbesondere beim Reichswehrministerium und beim Reichsfinanzministerium angängig sein, bei den übrigen Reichsministerien ist die Arbeitsbelastung so groß, daß eine Verminderung der Beamten unmöglich erscheint. Auch die Bestimmung, daß für die nächsten fünf Jahre Mehranwendungen in den Personalabteilungen der Beamten und Angestellten durch Verjüngung der Spitze ausgedrückt werden müssen, ist, falls eine Systematisierung in sich ein, die in vielen Fällen zu weit, in anderen Fällen nicht ausreichend genug gehen dürfte.

Das Ziel einer Finanzreform kann nur darin gesehen werden, daß den Ländern und Gemeinden ihr Selbstbestimmungsrecht gesichert wird. Dieser beinahe alleinige anerkannte Grundlaß läßt sich jedoch nicht in Einklang bringen mit neuen Bedienungssperrevorschriften für Länder und Gemeinden, die zwar in einzelnen Fällen am Platze sein mögen, im allgemeinen sich aber als undurchführbar erweist und zur schnellen Beseitigung des vor Jahren beschlossenen Bedienungssperregesetzes geführt haben.

Die Bestimmungen wegen Heraushebung der Dienstaltersgrenze von 65 auf 68 Jahre und wegen Kürzung der Pensionen für den Fall einer nebenberuflichen Tätigkeit werden im Hinblick auf die ernste Finanzlage hingenommen werden müssen.

Das Ausgabenentzugsgefeß soll schließlich eine Verfassungsänderung dadurch zum Ziele haben, daß eine Rindigungsmaßnahme für verheiratete weibliche Beamte, wie ferner in der Personalabgabenordnung, vorgehen wird. Berücksichtigt man, daß die Zahl der verheirateten weiblichen Beamten verschwindend gering ist und daß am besten ein Anreiz zum Auscheiden der verheirateten weiblichen Beamten unter Verzicht auf Pension durch eine einmalige Abfindung in den meisten Fällen zu erreichen sein wird, so sollte man sich reichlich überlegen, ob gleich das nämliche Geß einer Verfassungsänderung aufzuführen sein wird.

Wegen Beleidigung Hindenburgs.

Der Prozeß gegen Dr. Goebels.

28. Berlin, 1. Juni.

Vor dem Schöffengericht Charlottenburg begann der Prozeß gegen den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Goebels wegen Beleidigung des Reichspräsidenten.

Die Beleidigung wird erlitten in einem in dem Berliner nationalsozialistischen Blatt „Der Angriff“ vom 28. Dezember o. J. unter der Überschrift „Lebt Hindenburg noch?“ veröffentlichten Artikel, in dem es bei Besprechung der Aussichten für die Annahme des Youngplans u. a. hieß, daß der Reichspräsident auch hier, wie stets in ähnlichen Fällen, das tun werde, was seine jüdischen und marxistischen Ratgeber ihm einbliesen. Die Anlage sticht sich ferner auf eine in der gleichen Nummer enthaltene Karikatur auf den Reichspräsidenten mit der Aufschrift „Herr von Hindenburg hat nicht gegen die 60jährige Verfassung des deutschen Volkes gestimmt“.

Nach Eintritt in die Verhandlung leitete der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Graf von der Goltz-Stein, den belägten Richter, Landgerichtsrat Klar, und den Schöffen Riebs ab, weil sie nach Ansicht des Angeklagten jüdischer Rasse seien.

Nach mehr als einstündiger Beratung wurden die Ablehnungsanträge der Verteidigung für unbegründet erklärt.

Dr. Goebels äußerte sich dann, seine Kritik habe nicht die Person des Reichspräsidenten, sondern die von dem Reichspräsidenten getriebene Politik treffen sollen. Keinesfalls habe es sich bei dem Artikel um den Ausfluß irgendeiner niedrigen Gefühlsregung gehandelt.

Die Kritik ist gemäß unter aus Liebe und aus Sorge um die Zukunft des deutschen Volkes, dessen Verfassung nun mit der Interaktion des Reichspräsidenten befeuert werden sollte.

Oberstaatsanwalt Sethe hielt die Anklage voll aufrecht und erklärte, es handele sich bei dem Artikel um eine ungenügend perfide Beschimpfung und um eine grobe Verletzung eines nationalen Anstandes gegenüber einem Mann, dem Pflichterfüllung der Zeit seines ganzen Lebens gewesen sei, und der im In- und Ausland als das ehrwürdige Symbol Deutschlands angesehen werde. Eine Wahrnehmung berechtigter Interessen könne dem Angeklagten nicht zugestanden werden. Er beantragte 9 Monate Gefängnis.

Rechtsanwalt Dr. Graf von der Goltz hielt es für durchaus notwendig, dem Angeklagten die Wahrnehmung berechtigter Interessen zuzubilligen. Er beantragte Freisprechung.

Dr. Goebels erklärte in einem Schlusswort, er wolle den Vorwurf des Oberstaatsanwaltes, er habe in perfider Weise den nationalen Anstand verletzt, auf das entgegengesetzte zurückweisen.

Er wisse, daß dieser Prozeß ein Prozeß des Systems gegen ihn sei, das ihn nicht freisprechen könne, ohne sich selbst ins Gesicht zu schlagen.

Er fühle sich auf dieser Anklagebank nicht allein: mit ihm dächten Millionen von Deutschen.

Das Urteil lautete auf 800 Mark Geldstrafe im Nichtbeitreibungsfalle tritt an Stelle von je 20 Mark ein Tag Haft.

Die Grenzziehung im Osten.

Ein englisches Urteil.

London, 1. Juni.

Der Grenzzwischenfall von Neuhöfen gibt dem „Manchester Guardian“ Gelegenheit zu folgenden grundsätzlichen Ausführungen über die widerwärtige Grenzziehung zwischen Deutschland und Polen. Das Blatt schreibt: Nach elf Jahren

des Friedens ist die Grenze von zwei wichtigen europäischen Mächten noch immer so unregelmäßig,

daß sich Zwischenfälle ereignen können, wie sie sonst nur auf dem Balkan möglich sind.

Die Schiefehre in der Nähe von Marienwerder ist das letzte Kapitel einer unglückseligen Geschichte. Der Vertrag von Versailles hat in Osteuropa Grenzen geschaffen, die nur dann befriedigend sein könnten, wenn die deutsch-polnischen Beziehungen einen mehr als normalen, freundschaftlichen Charakter hätten, eine Voraussetzung, die die Bestimmungen deselben Friedensvertrages unmöglich machen. Es ist die Grenze, die wir in den letzten Jahren unter zahlreichen Vorwänden garantieren wollten, es ist dieselbe Grenze, die wir nach Briand's letzter Niederschrift verteidigen mußten.

Die Ereignisse vom vergangenen Sonntag sollten uns zum mindesten das Risiko vor Augen führen, wenn wir etwas verteidigen sollten, was gar nicht zu verteidigen ist.

„Am Krankenbett Europas.“

Poincaré gegen Briand's Plan.

Paris, 31. Mai.

Die Ansätze, die Poincaré seit einiger Zeit in kürzeren Abständen in dem Pariser „Excelsior“ veröffentlicht, zeichnen sich durch eine scharfe Kritik an der Politik der gegenwärtigen französischen Regierung aus, insbesondere an ihrer Außenpolitik und an den Methoden und Gedanken Briand's.

Im letzten dieser Aufsätze, den er „Am Krankenbett Europas“ betitelt, legt sich Poincaré ausführlich mit dem Briand-Plan Briand's auseinander. Er kritisiert diesen Plan zunächst ganz allgemein, indem er ihn als zu verschwommen bezeichnet und eine genauere Definierung des Begriffes Europa fordert und indem er ganz besonders auf den schwachen und unklaren Punkt des Briand'schen Projektes hinweist, auf das Verhältnis der geachteten Staatunion zu dem Völkerverbund.

In seiner speziellen Kritik behauptet sich Poincaré dann ganz besonders mit der Art, wie nach seiner Meinung Deutschland auf ein derartiges Projekt reagieren werde, und es ist bei seiner Einstellung zu Deutschland durchaus verständlich, daß er der deutschen Politik die Abhilfe unterstellt, ein solches Entgegenkommen wie es die Vorschläge Briand's für sie bedeuten müßten, bis zum Äußersten auszunutzen.

Poincaré entwirft ein Bild der Forderungen, die nach seiner Meinung Deutschland für die Teilnahme an einer europäischen Union stellen werde, und unter denen er als wichtigste das Verlangen nach dem Recht auf Anzichluß, die Freiheit der militärischen Betätigung, die Abschaffung aller Tri-



Ludwigshafen frei.

Die letzten französischen Truppen sind aus Ludwigshafen abgezogen, nachdem die Triflorde feierlich eingeholt worden war.

bute und noch etwa möglichen Sanktionen, die Beilegung des polnischen Korridors und des Festlandes Danzig und schließlich die wichtigste Regelung der Saarfrage nach den deutschen Wünschen aufzuheben. Poincaré fügt hinzu, diese deutschen Forderungen seien schon heute in der europäischen Politik sichtbar genug, um Frankreich zu beunruhigen, und er will damit offenbar Briand den Vorstoß machen, daß es ein gefährliches Unternehmen sei, Deutschland auf solchem Wege entgegenzukommen und es zu einer Vertiefung seiner Beziehungen zu ermutigen. Am nicht östlich in der Negation liegen zu bleiben, anerkennt Poincaré schließlich ganz allgemein die günstige Wirkung, die die Gedanken Briand's und ihre ernsthafte Wirkung durch die in Frage kommenden Regierungen auf die europäische Atmosphäre haben müßten, aber der allgemeine Eindruck seiner Kritik ist doch der, daß er mit laurer Miene an den Versuch ist, die Atmosphäre, die er geschaffen, und mit lo zähem Eifer nachgehakt hat, zu mildern und Europa aus diesem von ihm gemühten Zustand der Spannung und der Zurück vor dem französischen Druck herauszuführen.

Die Widerstände, die sich in seiner letzten Form zeigen, sind Poincaré sicher in hohem Maße erfreulich und was er und sein Kreis zur Vereitelung der heilsamen Grundgedanken Briand's tun können, wird gewiß geschehen. Die Zeit wird auch über Poincaré hinweggehen.

Am ein deutsch-französisches Bündnis.

Eine Auslassung der „Volonte“.

Paris, 31. Mai.

Die radikalsozialistische „Volonte“ veröffentlicht einen „Einigen französisch-deutschen Bündnis“ entgegengesetzten Artikel, in dem es u. a. heißt: Eine ungeschickte oder selbst nur negative Haltung Frankreichs gegenüber Deutschland könne der nationalen Opposition in Deutschland den verlorenen Einfluß wiedergeben. Nur eine klügere und realere deutsch-französische Politik könne das Abwandern der deutschen Wählermassen zu den Nationalisten und Kommunisten verhindern. Frankreich müsse sich mit der Aufgabe der Nachbarn Deutschlands und seiner zahlenmäßigen wie sozialen Macht abfinden. Man könne nicht erreichen, daß 40 ungefähre gleich 60 oder 70 (Millionen) seien.

Ein disziplinierter, seiner Einheit bewußtes Volk könne nicht erdrückt oder in Stücke zerhackt werden, wie einige Narren es geträumt hätten.

Wolle Frankreich jetzt, wo es von Deutschland nichts mehr als die Zahlungen zu verlangen habe, für die es bereits Sicherungen erhalten habe, die Politik der Radikalität und der geballten Faust fortsetzen? Wolle es Deutschland in die Arme des italienischen Faschismus treiben und gegen das isolierte Frankreich eine fürchterliche Koalition vorbereiten? Die Hoffnung auf ein englisch-französisch-deutsches Bündnis sei durch die Haltung des Arbeiterkabinetts in England enttäuscht worden.

So bleibt nur noch das deutsch-französische Bündnis als eine Sicherung gegen den Krieg ohne Feindschaft gegen irgendjemand und als eine Garantie des zukünftigen europäischen Bundes. Die deutschen Fürsten seien einmal die besten Verbündeten der französischen Könige gewesen. Die deutsch-französische Feindschaft sei ein Erbe der Napoleon, belastet durch Bismarck. Beide Republiken könnten auf diese Feindschaft verzichten.

Böswillige Verleumdungen.

Deutschland ist wieder Schuld.

Peking, 1. Juni.

General Yen soll beabsichtigen, sich beim Völkerverbund wegen der Beschäftigung deutscher Ratgeber durch die Nanjingregierung zu beschweren.

Die Nordregierung soll im Zusammenhang mit dieser Frage Berichte aus Shanghai von verschiedenen Mitgliedern der Nanjingregierung erhalten haben, wonach zu Beginn alle gegen die Einleitung des neuen Bürgerkrieges gewesen seien.

Dem Einfluß der deutschen Berater der Nanjingregierung und ihrer Beharrlichkeit gegenüber Zhangschang soll die schlechteste Einleitung der Feindseligkeiten zu verdanken gewesen sein, da die Deutschen hofften, auf diese Weise ein ergebnisreiches Programm durchführen zu können.

Bei dieser Meldung handelt es sich ganz offensichtlich um eine der von Zeit zu Zeit immer wiederkehrenden Verleumdungen, die durch die Lausache der fängigen Wiederholungen durchaus nicht wahrer erscheinen.

Seine blinde Frau

Originalroman von Gert Rothberg.

35. Fortsetzung

Wiederum verboten

Dieser war gerade dabei, verschiedene geistliche Dinge zu erledigen. Als Eschingen eintrat, kam er mit ausgebreiteter Hand auf ihn zu.

„Ich freue mich riesig, daß wenigstens Sie noch bei mir bleiben. Aber bitte, nehmen Sie doch Platz und erzählen Sie mir. Waren viele Passagiere da? Wie fühlte sich Ethel?“

Eschingen erzählte ausfüßlich.

Worland sagte, nachdem Eschingen seine Mitteilungen beendet, langsam: „Ich will offen sein, manchmal bin ich außer mir, daß ich meiner Tochter die Erlaubnis zum Reisen gab. Und gerade ausgerechnet nach Frankfurt muß es sie ziehen, wo meine arme Alice gelitten und sich auf immer still zurückgezogen hat. Gefällt mir ganz und gar nicht.“

Rach Heinz aber sagte: „Dort ist sie geboren vor allen Vaststellungen. Sie mußte fort. Gerade jetzt mußte sie fort, glauben Sie mir, es ist am besten so.“

Worland sah ihn an. „Glauben Sie vielleicht, daß da ein wohlverdienter Wodansschlag in Frage kommen könnte?“

Eschingen nickte und sah ihm ernst in die Augen.

„Ja, Mister Worland. Ein lange überlegter Wodansschlag, der noch einmal wiederholt werden soll.“

Worland sprang auf. „Donnerwetter nochmal, warum sagen Sie mir das erst heute? Wenn nur der oder die Wieder hinter Ethel her sind?“

„Nein — beruhigen Sie sich,“ sagte Rach Heinz langsam, „erlebens wird Ethel treu behütet und zweitens sind die Wodanschlüsse noch hier.“

„Aun bin ich aber ganz außer mir,“ sagte Worland und setzte sich ganz erregt. „Erzählen Sie mir jetzt alles.“

„Nein, Mister Worland. Vorläufig kann ich nicht sprechen. Eine Woche ungefähr müssen Sie sich noch gedulden, dann werden Sie alles wissen. Aber ich will Sie jetzt nicht länger hören, denn wie ich sehe, heden Sie in der Arbeit.“

Worland sagte leise lächelnd: „Arbeit? Sie, wenn Sie meinen Austritt aus der DIRECTION zu nennen wollen?“

„Sie wollen nicht mehr nach Chicago gehen?“

„Warum soll ich nicht wieder dahin gehen? Natürlich behalte ich mein Haus dort. Nur von den Geschäften siehe ich mich zurück. Ich habe lange genug gearbeitet, jetzt will ich auch endlich ein paar Jahre ganz für mich haben.“

Eschingen biß die Zähne zusammen.

Das war also schon der Anfang des Verhandlungsfalles. Wahrscheinlich waren die zwei Jünger ziemlich weit miteinander und Maria Sofia wünschte klüglichen Geld.

Worland sagte plötzlich Eschingens Hand. „Lieber Freund, setzen Sie mal ganz offen; würden Sie mich für verrückt halten, wenn ich Ihnen sagte, daß ich mich in Kürze verabschieden will?“

Eschingen zwang sich zu einem kleinen Lächeln. „Nein,“ sagte er, „warum? Jeder ist berechtigt, sich ein Glück zu suchen. Warum Sie nicht. Das Alter spielt doch dabei keine Rolle. Ich meine nur, die Hauptfrage ist doch, daß man gegenseitig aufeinander bauen kann.“

„Es mag Ihnen ja lächerlich vorkommen, daß ich, gerade ich, so zu Ihnen spreche. Ich, der sich selbst eines großen Unrechts bewußt ist. Aber mein Fall, ja sehen Sie, Mister Worland, dieser Fall steht ja auch wohl so ziemlich einzeln da. Ich würde, es zweitesmal vor die Wahl gestellt, u. etwas nie wieder tun.“

Worland sah ihn mitleidig an. „Armer Kerl. Sie sind noch so jung und haben sich durch diesen unüberlegten Schritt Ihr ganzes Leben verpulvert. Aber na, Sie haben ja die Hoffnung, daß dieser unglückliche Zustand einmal ein schnelles Ende nimmt.“

Eschingens Gesicht wurde. Es erging ihm fonderbar. Oft, o wie oft empfand er seine Ehe wie eine schwere Last, eine Kette. Doch wenn jemand darauf hin deutete, daß

Jutta bald einmal herben könnte, dann war es ihm, als triffe man in seiner Brust an irgend einer kleinen Wunde, die da irgendwo lag. Dann war es ihm, als müsse es immer so bleiben, als gehöre Jutta unsterblich zu ihm.

Worland schloß, daß Eschingen bei diesem Thema melancholisch wurde. So sprang er furchtlos von etwas anderem.

„Wir wollen die Frauen möglichst einstimmen. Was aber fangen wir beiden verlassenem Sünder heute abend an? Was wäre es, wenn wir mal mit dem Auto nach der Stadt fahren würden. Es gibt auch hier in Louisiana ganz fidele Winkel, wo zwei verlassenem Seelen Aufmunterung finden. Au, wie ists. Halten Sie mit? Ich verpöche Ihnen, es wird fidel.“

Eschingen redete ladend seine hohe Gestalt. „Warum nicht? Sie bin kein Unmenschen. Mir zur Aufmunterung will ich noch, man wird ganz losfüßiger. Frei mit den letzten Gedanken, ein paar tolle Stunden wollen wir erleben. Ich werde nach dem Essen noch etwas ruhen, denn die Reise war immerhin ganz anstrengend, in der kurzen Zeit bin und zurück.“

„Einsverständnis,“ sagte Worland. „Ich habe jetzt noch diese Korrespondenz zu erledigen. Später treffen wir uns bei Tisch, danach schlafen wir noch eine Stunde und dann fahren wir am Abend weg.“

„Abgemacht.“

Sie schüttelten sich die Hände und Eschingen ging hinaus.

Am Abend war es dann wirklich fidel. Worland traf viele Bekannte. Man brach einer flöche Sekt nach der andern den Hals. Später gefelien sich ein paar den Herren gut bekannte Damen hinzu und der Rummel war fertig.

Am andern Morgen lag Worland im Park. Vor ihm stand sein schwarzer Kammerdiener und machte ihm taite-Umschlüge.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 2. Juni 1930

* Die Amtszeit Ernst des Kurfürsten nähert sich ihrem Ende. Der gefragte Sonntag war das letzte öffentliche Erscheinen in seinem Schloß. Nach dem Auszug ließen die Schützen fleißig die Büchsen knallen, um dann auf dem Festplatz den kühnen Krant zu tun. Wenige Wochen nach dem Krant der Kurfürst tritt seine Herrschaft ab an wen? Der Königshof am Johannisberg wird es uns künden. Im allgemeinen war der Besuch trotz des schönen Wetters nicht so groß wie in den Vorjahren.

* In der ersten Stunde des gefragten Tages starb Frau Witwe Müller hierseits Kreuzstraße 4 wohnhaft. Sie ist 81 Jahre alt geworden. Mit ihr ist ein reiches, arbeitsvolles und verdienstvolles Leben zu Ende gegangen. 48 Jahre — eine lange Zeit — hat sie das schwere und verantwortungsvolle Amt einer Gebärme in Remberg und Umgebung in aller Treue ausgeübt, ein Amt, das früher ungleich schwere Anforderungen stellte als heute, da sämtliche Wege zu Fuß zurückgelegt waren. So werden viele es ihr dank wissen, denen sie mit Rat und Tat behelfend zur Seite stand, und ein dankbares Andenken wird ihr gesichert sein.

Bergwitz. (Sturz beim Rennen) Bei dem Rennen auf der Wittenberger Kadrenbahn stürzte am Himmelstagsfest auf der hiesigen Fahrer Wilhelm Jänike unglücklichweise auf das Gesicht und brach hierbei das Nasenbein neben Nasenbrücken auf dem Gesicht und Verletzungen am rechten Auge. Man brachte den Verletzten zum Arzt und dann in seine Wohnung.

Wittenberg. Das Schmutzgericht Torgau verurteilte den Zimmermann Gehelbaum aus Labes wegen Todeschlags, begangen an der 19 Jahre alten unehelichen Hedwig Dammüller, zu fünf Jahren Zuchthaus. Gehelbaum unterließ, trotzdem er verheiratet ist, ein intimes Verhältnis mit dem Mädchen. Am 25. Januar hat er es nach vorausgegangenem Streit mit Zärtlichkeiten, wahrscheinlich in befehlungslosem Zustande, in Wittenberg von der Götterstraße in den Fluß gestoßen. Der Tod trat durch Ertrinken ein.

Teichitz, 31. Mai. Eine in der Ausführung dem Kindesmord in Dommigshof, wo eine Mutter ihre Kinder, von denen eins den Tod fand, in einen Teich stieß, ähnliche Untat, die aber kein so tragisches Ende nahm, ereignete sich kürzlich hier. Das 20 Jahre alte Dienstmädchen Erna Becker hatte sich einiger geringfügiger Diebstähle schuldig gemacht, von denen die 16jährige Elia Hansemann, die mit der B. zusammen bei dem Wittenberger Seidel beschäftigt war, Kenntnis hatte. Offenbar in der Absicht, die lästige Mitwisslerin zu bestrafen, lockte die B. ihre Arbeitskollegin an den in der Nähe befindlichen Teich, stieß sie hinein und verurteilte, die wieder Empörtandende dadurch unglücklich zu machen, daß sie ihr schwere Polypentastel an den Kopf warf, die aber nur leichtere Verletzungen hervorriefen. Durch den auf die Oberfläche der H. herbeieilenden Bruder der Bedrängten wurde die B. verhaftet und die H. gerettet. Die B. wurde gesten verhaftet und nach Wittenberg geschafft. Sie hat bereits ein Geständnis abgelegt.

Halle. 10 000 Morgen durch die Miesenschnale vernichtet. Auf dem Kreisstag in Schweinitz machte Landrat Dr. Meise die Mitteilung, daß im Kreise Schweinitz in diesem Jahre durch die Verne der Miesenschnale an den Wiesen ein ebenso gewaltiger Schaden angerichtet worden sei wie in dem Jahre 1928 durch das Hochwasser. 10 000 Morgen seien durch den Schädling vollständig vernichtet und weitere 10 000 Morgen haben schweren Schaden erlitten.

Deffau. Es gibt nur noch eine Art Anhaltener. Das Staatsministerium hat sich zu einem begründeten Schritt entschlossen. Während bisher bei Stipendien, Schulgeldbefreiung und Eintritt in gewisse Staatsberufe Anhaltener und Westanhaltener unterschieden wurden, wurde beschlossen, daß alle ungetauften Bürger, wenn sie in Anhalt lebhaft sind, Schulgeldbefreiung bekommen können.

Merseburg. Zum Selbstmord in Erziehungsheim. In einem vor kurzem vorgemerkten Selbstmord im Landeserziehungsheim in Merseburg wurde der hiesiger Landesbauhauptmannschaft folgendes mit. Im Landeserziehungsheim zu Ellenburg ist ein junges Mädchen durch Einnehmen eines Hausreinigungsmittels, das es sich heimlich verschafft hatte, an dem Leben gescheitert. Die sofort vom Arzt getroffenen Gegenmaßnahmen konnten das Mädchen leider nicht mehr retten. Die auf bedürftliche Veranlassung eingeleitete und namentlich abschließende Untersuchung ergab einwandfrei, daß ein Verbrechen anderer Person nicht vorliegt, vielmehr geht aus einem kurz zuvor geschriebenen Brief des Mädchens sein gutes Verhältnis zum Heim hervor. Der Grund zu der beklagenswerten Tat ist in der seelischen Veranlassung des Mädchens, das zeitweilig unter den Nachwirkungen schwerer Jugenderebnisse sehr litt, zu suchen.

Bad Salzungen. Achtzigjähriger Wildbied. Jetzt gelang es, zwei Wilderer festzunehmen, die im Waldrevier unter dem Wald großen Schaden angerichtet hatten. Der eine ist der vor dreizehnten berichtigter Wildbied bekannt gewesen jetzt 80 Jahre alt Christian Klotzbach.

Wesensleben-Betsdorf. Stilllegung der Steinfabrikbetriebe. In einer außerordentlichen Sitzung beschloß die Gemeindevertretung einen künftigen Bruch der preußischen Regierung und beim Preuss. Oberbergamt gegen die von der Bant für Landwirtsch. für den 19. Juni beabsichtigte Stilllegung der hiesigen Steinfabrikbetriebe, durch die weitere 150 Arbeiter und Angestellte brotlos und der Gemeinde noch mehr Lasten aufgebürdet würden.

Greusburg. In Welsen niedergebrannt. Nachts brach im Anwesen des Wirtmeisters Wortmann ein Feuer aus, das sich rasch schnell verbreitete. Die Feuerwehre, die sofort zur Stelle kam, konnte sich nur darauf beschränken, die angrenzenden Häuser vor dem wütenden Element zu bewahren. Sämtliche Gebäude wurden ein Raub der Flammen. Als Entschädigungsurkunde wird Kurzschuß vermutet.

Hildburghausen. Feuer. Im Wohnhaus des Einwohners Schramm brach nachts Feuer aus, das sich mit großer Geschwindigkeit auf die anderen Gebäude ausbreitete. Die schlafenden Bewohner vom Oberhof konnten sich auf einer Leiter durch die Fenster in Sicherheit bringen. Wohnhaus und Scheune brannten völlig nieder. Die Entschädigungsurkunde ist noch nicht aufgestellt.

Sprengstoffattentat in Hildburghausen

Hildburghausen. Der 26 jährige Pfleger Wagenhohn aus Hildburghausen warf gegen das Wohnhaus des zweiten Bürgermeisters eine Sprengladung, bestehend aus zwei zusammengebundenen Patronen, die je eine Zündkapfel umschloß und in Verbindung mit einer Zündschnur standen. Das Ganze war mit einem Stein beschwert. Die Ladung entzündete sich früh und explodierte in den angrenzenden Gärten und richtete keinerlei Schaden an. Der Täter wurde verhaftet. Es legte ein umfassendes Geständnis ab. Er will die Tat aus Rache ausgeführt haben.

Totschlag eines Greises

Eisenach. In der Feldstraße gerieten die seit längerer Zeit in Streit lebenden Mieter, der 37jährige Kaufherr Fischer mit Frau und fünf unminorellen Kindern und das in den letzten Jahren lebende kinderlose Schuhmacherehepaar Bruno Mehe in den letzten Tagen in neue Auseinandersetzungen, die schließlich zu Tätlichkeiten zwischen beiden Männern ausarteten. Im Verlaufe derselben stach Mehe den Fischer mit einer 10 Zentimeter langen Schusterzange zweimal in die Herzgegend, so daß dieser laut aufschrie und sich nur mühsam noch nach seiner Seite schleppen konnte. Dort brach er zusammen und starb. Der Mörder, ein bekannter Eisenacher Bürger, wurde dem Untersuchungsgefängnis zuverfügt.

Raubüberfall in Naumburg

Naumburg. Sonnabendvormittag erschienen drei junge Burischen in dem Juwelergeschäft von Paul Brand in der Herrenstraße und ließen sich von dem allein anwesenden Juwelier einige Uhren zur Anschauung vorlegen. Während sich einer von ihnen eine Pistole und hielt den Ueberfallenen in Schach, währenddessen raubten sie eine Komplexion die Ladentasse aus und plünderten die Auslagen. Mit etwa 70 RM und zahlreichen Perlen- und Damenuhren flüchteten sie. Die Ehefrau des Geschäftsinhabers hatte den Vorgang beobachtet und rief um Hilfe. Mehrere Beamte der nachgelagerten Polizeidienststelle nahmen mit Unterstützung die Verfolgung auf. Es gelang auch, die Burischen festzunehmen und ihnen den Raub wieder abzunehmen. Es sind drei junge Burischen aus Weisenehls im Alter von 19—23 Jahren.

Ausruf der thüringischen Landwirtschaft

Weimar. In einem längeren Ausruf merkt sich der Thüringische Bauernbund an die Öffentlichkeit mit der Aufforderung, mit Mitleid auf die katastrophale Lage der deutschen Landwirtschaft, insbesondere der der thüringischen Landwirtschaft, auf jeden Fall zur Behebung dieser Not nur deutsche landwirtschaftliche Erzeugnisse zu kaufen. In dem Ausruf wird auf den schweren Schaden hingewiesen, der allen Schichten des deutschen Volkes, nicht nur der Landwirtschaft, durch den Kauf ausländischer Agrarprodukte entsteht. Denkschlüssel veranlaßt jedes Jahr über drei Milliarden RM an das Ausland für den Kauf ausländischer Landwirtschafts- und Gartenerzeugnisse. Diese Summe genüge vollumf. um den Reichshaushalt wieder ins Gleichgewicht zu bringen und den unerträglichen Steuerdruck zu vermindern.



Damen-Kunstflugmeisterchaft. Aus dem Wettbewerb um die erste deutsche Damen-Kunstflugmeisterchaft, die am 29. Mai in Bonn zur Austragung gelang, ging Frä. Uebel Bach als Siegerin hervor. Sie besitzt bemerkenswerterweise erst seit zwei Monaten Kunstflug.

Sonneberg. Der neue Erste Bürgermeister. Der Stadtrat wählte den Regierungsbeauftragten Regierungsrat Dr. Joggam zum Ersten Bürgermeister der Stadt Sonneberg. Dafür stimmten die sechs bürgerlichen Parteien und fünf nationalsozialistische Vertreter, während die Sozialdemokraten ihre Stimmen für Dr. Jenckmann aus Coblenz a. S. abgaben. Der Wahl waren lebhaft Auseinandersetzungen zwischen der rechten und der linken Seite des Stadtrats vorausgegangen.

Veränderungen der thüringischen Staatsverwaltung. Weimar. In den letzten Wochen haben eingehende Verhandlungen mit den kommunalen Verbänden über die Veränderung der grundgesetzlichen Bestimmungen der thüringischen Organisationsgesetze stattgefunden. Die Umänderungen betreffen sich im wesentlichen auf eine Verchiebung der Zuständigkeiten der Staats- und Gemeindeverwaltung. Es handelt sich dabei um eine Zusammenfassung der Staatsverwaltung in dem Kreisraus fünf einige Städte werden durch das in Aussicht stehende Zustandgesetz, das auf Grund des Ermächtigungsgesetzes ohne Parlament erlassen werden soll, neue Befugnisse überwiehen. Grundätzlich beruht die Tendenz vor, die Selbstverwaltung in den Kreisen und Gemeinden nicht zu erweitern. Da und in welcher Weise eine Erparnis durch diese Maßnahmen erzielt wird, ist vorläufig noch nicht genauer abzuschätzen.

Eisenach. Der Reichsminister in Eisenach. Reichsminister Dr. Brüderer verließ die Begleitung des Oberkammerherrn Praetorius und des Hauptmanns Frhr. v. Wehmer die heiligen Reichswehreinrichtungen und Standortseinrichtungen.

Arnstadt. Kein Kloster auf Schloß Wolfsdorf. Kürzlich wurde mitgeteilt, daß Schloß Wolfsdorf in den Besitz des Dominikanerordens übergegangen sei und daß in dem Schloß ein Kloster eingerichtet werden sollte. Aus zuverlässiger Quelle wird jetzt mitgeteilt, es trifft nicht zu, daß das Schloß in katholischen Besitz übergegangen sei. Auf alle Fälle hätte der neue Besitzer mit der katholischen Kirche nichts zu tun.

Neuer Unfall auf der Mitteldeutschen Zuverlässigkeitsfahrt

Magdeburg. Zwischen Darmstadt und Dieburg fuhr der Magdeburger Preiswagen der Mitteldeutschen Zuverlässigkeitsfahrt auf einen aus einem gelberten Rebenwege kommenden Kraftwagen auf. Der angefahrenen Wagen überfiel sich mehrmals und begrub den 50jährigen Verkehrsagenten Fröhner aus Duisburg unter sich, während sein Sohn auf die Straße geschleudert wurde. Beide mußten schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht werden. Der Magdeburger Wagen verlor die Fahrtrichtung und fuhr in den Straßengraben. Die Insassen erlitten nur geringfügige Verletzungen.

Magdeburg. Töblicher Grubenunfall. Auf der Grube „Wolf“ in Calbe wurde der 25 Jahre alte Bergmann Sedrohnst aus Neugattersleben von niedergebenden Kohlen verdrängt. Obwohl die Bergungsarbeiten schnell durchgeführt wurden, konnte er nur als Leiche geborgen werden.

Weisenfels. Schulmädchen auf dem Raubzug. Jetzt schließen sich auch schon Schulmädchen zu gemeinsamen Raubzügen zusammen, und zwar handelt es sich in diesem Falle um drei Schülerinnen im Alter von 9—11 Jahren. Während die 11jährige Schmiere stand, stahlen die beiden anderen aus einer Reihe von Geschäften, was ihnen gerade unter die Finger kam. Durch die Aufmerksamkeit einer Polizeikommission ist schließlich festgestellt worden. Sie haben bereits zugegeben, ihr Unwesen schon längere Zeit getrieben zu haben.

Sangerhausen. Unerklärlicher Verlust des Rosariums. Die nach jahrelangen Ver suchen im Rosarium erreichte Zucht einer dunkelgrün blühenden Rose, die zum ersten Male blühte, ist in einer der letzten Nächte von unbekannter Hand entwendet worden. Es wird angenommen, daß der Stod für einen hohen Preis ins Ausland verschoben worden ist.

Osnaabrück. Zu dem schweren Autounfall bei Weitzel kam es. Zu dem schweren Autounfall bei Weitzel kam es. Zu dem schweren Autounfall bei Weitzel kam es. Zu dem schweren Autounfall bei Weitzel kam es.

Leipzig. Die Braut mit der Gabel gestochen. In Rantzeleberg ging der Musikstudent Reif aus Rantzeleberg im Verlauf einer Eiererückgabe aus seine aus Berlin kommende Braut, die 19jährige Buchhalterin Erica Schlegelmäßig mit der Gabel ins und nach sie in den Hals. Das Mädchen wurde ins Krankenhaus gebracht. Seine Verletzungen sollen nicht lebensgefährlich sein. Der Student sich zunächst mit einem Jähzorn, stellte sich aber am Abend freiwillig der Leipziger Polizei.

Durch eine explodierende Glühlampe schwer verbrannt. Im Ankleideraum einer Zurnahme in Sieghelm explodierte eine Glühlampe. Ein Tischler und zwei junge Mädchen wurden schwer verbrannt und mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Verschiedene andere Personen erlitten leichtere Brandwunden.

Görschütz. Das Auto in der Lehmgrube. Ein Leipzig. Personentransportwagen fuhr bei der Provinzialstraße nach dem er sich zweimal überschlagen hat, in eine acht Meter tiefe Lehmgrube. Die Insassen wurden noch vor dem Sturz herausgeschleudert und blieben unverletzt, während zwei Radlerinnen, die von dem Auto erfasst worden waren, ziemlich schwer verletzt wurden.

Zeitz. 9 000 RM untergeschlagen. — Töblicher Unfall. Wegen Unterschlagung von 9 000 RM wurde eine 47 Jahre alte Buchhalterin festgenommen. Sie wurde sich beim Gemeinwohligen Bauverein in Zeitz in die Falle gelassen. Sie hatte dort alle Kassenbücher und schriftlichen Arbeiten zu erledigen und hat es verstanden, durch falsche Buchungen den Vorstand des Bauvereins zu täuschen, bis man bei einer unvorhersehen Revision ihrem Treiben auf die Spur kam. — In der Nachtsticht wurde in der Grube des Tiefbauhandwerkes der 54 Jahre alte hiesiger Frä. Uebel Bach durch hereinbrechendes Gestein verdrängt und starb kurze Zeit darauf.

Weitere Mordtaten Kürtens.

In Caltrap-Rauzel und Aöin?

— Dortmund, 1. Juni.

Es verdrängt sich der Verdacht immer mehr, daß der Düsseldorf Mörder Peter Kürten auch in Caltrap-Rauzel mehrere Morde verübt habe. Man konnte jedenfalls feststellen, daß Kürten im Jahre 1915 dort gewohnt hat. Der Verdräger seiner damaligen Wohnung hat Kürten, der gerade jung verheiratet war, nach Abschlüssen einwandfrei wiedererkannt.

In dem Jahre verdrängt eine junge Frau Garner, deren Leiche mit schweren Kopfverletzungen aus dem Dortmund-Ems-Kanal später geborgen wurde. Frau Garner wohnte zu der Zeit in demselben Hause wie Kürten. Man hat schließlich feststellen können, daß Kürten um diese Zeit in Caltrap-Rauzel gearbeitet hat. Kürten hat nunmehr eingestanden, auch einen Mord in Köln-Mülheim ausgeführt zu haben.

Am Freitagsnachmittag 1913 abends zwischen zehn und elf Uhr wurde das sechsjährige Kind des Galtwitters Aöin in Köln-Mülheim tot aufgefunden. Verdräftigt wurde damals ein Onkel des Kindes, der vom Schwurgericht festgenommen wurde.

Die polizeilichen Vernehmungen Kürtens werden nach bis in die ersten Tage der nächsten Woche hinein fortgesetzt. Kürten wird erst nach Abschluß der polizeilichen Vernehmungen dem Untersuchungsrichter übergeben.

Die Hauptverhandlung gegen Kürten dürfte dann in der Septemberperiode des Schmutzgerichts stattfinden. Mit der bevorstehenden Beendigung der polizeilichen Vernehmung Kürtens rückt der Fall Staubsberg immer mehr in den Vordergrund des Interesses. Damals hatte der Sohn Staubsbergs getötet, den Mord an der kleinen Rosa Döbner und dem Invaliden Seher begangen zu haben. Das Verbrechen gegen Staubsberg wurde bald eingestuft, und er wurde einer Irrenanstalt überwiehen, anzusehen meien seiner Allgemeingefährlichkeit und nicht wegen seiner Schuld an den Mordtaten. Wegen die Ansicht der Kriminalpolizei, daß Staubsberg ein mehrfacher Mörder sei, war von der Düsseldorf und auswärtigen Presse seinerzeit ein langer und heftiger Kampf geführt worden.

Es ist aber noch kaum daran zu zweifeln, daß Kürten der Täter im Falle Döbner und Seher ist. Die aufgetauchten Gerüchte, wonach Kürten in seiner Zelle Selbstmord begangen haben bzw. entronnen sein sollte, und daß Frau Kürten in der Grafenberger Seilanstalt gestorben sein sollte, entbehren jeder Grundlage.

Jugendgut Steinmeister
als Jugendherberge und Jugendheim.

An der Förste Thüringens, eine halbe Stunde zu Fuß von Naumburg entfernt, liegt eines der schönsten Jugendheime Mitteldeutschlands. Es ist das Jugendgut Steinmeister, dessen 4 Gebäude der Jugend zum Teil als Jugendheim, zum anderen Teil als Jugendherberge dienen. Es können insgesamt gegen 200 Menschen dort übernachten. (Nur 2-6 Bettzimmer sind vorhanden.) Das Heim ist durch seine ideale Lage (am Fuß eines dazu gehörigen Weinbergs mit herrlichem Blick auf die Türme Naumburgs und das Saaleetal von Schönburg bis Rudelsburg) besonders geeignet für Tagungen, Lehrgänge, Freizeiten und dergl. In Tagestouren sind Gosfeld, Schönburg, Rudelsburg, Kösen, Schulpforta, Celartsbirga Bad Sulza, die Wälder der Schmücke, der Finne, die Fortaer Wälder, die Neuenburg bei Freyburg/Ü., nach kurzer Bahnfahrt Weimar, Jena, Camburg, Leuchnburg und der Kyffhäuser zu erreichen.

Da das Heim fast unmittelbar an der Saale liegt, wird geplant, auch den unzähligen Wasserwanderern, die vorbeikommen, durch eine Anlegestelle die Möglichkeit zu geben, das Jugendgut zu benutzen. Das Heim hat den ganzen Tag Sonne und ist daher auch für Erholungs-luchende besonders geeignet.

Zur Ausgestaltung des Heims haben der Preussische Minister für Volkswohlfahrt, die Provinzialverwaltung, Regierung und verschiedene Kreise und Städte erhebliche Mittel bewilligt. Die Jugendverbände Mitteldeutschlands, ebenso wie alle wanderlustigen, heimathliebenden Erwachsendenverbände, Schulklassen aller Schulen und Institute usw. werden hierdurch auf das wunderliche Jugendgut aufmerksam gemacht.

Nus Nah und Fern.

Schwerin. 200 Morgen Wald durch Feuer vernichtet. In der Feldmark Benschow a. d. Elbe bei Boizenburg entstand ein großer Waldbrand, dem etwa 200 Morgen Laub- und Nadelholzwald zum Opfer fielen.

Dortmund. Ein Zwangshaushalt für Dortmund und umvermeidlich. Die Not der westdeutschen Industrie läßt sich immer mehr zu einer Katastrophe aus. Ein deutliches Beispiel hierfür waren die Beratungen über den Dortmund 137 Millionen-Haushalt für 1930, die die Unvermeidbarkeit eines Zwangshaushalts und damit der Behebung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts erkennen ließen. Der Haushalt sowie die Deckungsorschläge wurden mit den Stimmen der vereinigten Bürgerlichen, des Zentrums, der Wirtschaftspartei, der Demokraten, der Kommunisten, des evang. Volksrates, der Nationalsozialisten, der Christlich-Sozialen gegen die Stimmen der S.P.D. abgelehnt. Der Zwangshaushalt für Dortmund dürfte damit unvermeidlich sein.

Wirtschaftlicher Wochenbericht

mitgeteilt von der Mitteldeutschen Landesbank, Magdeburg, durch die Stadtparallele zu Remberg.

Nach dem letzten Reichshauptausweis vom 28. 5. 1930 hat sich die gesamte Kapitalanlage der Bank um 72,9 Mill. auf 1.074,1 Mill. RM. erhöht. Der Umfang an Reichsbanknoten ist um 150,5 Mill. RM. auf 4.045,8 Mill. RM. zurückgegangen. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich in der Berichtszeit von 61,4% auf 63,9%, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 68,5% auf 72,9%.

Für die allgemeine Wirtschaftslage ist kennzeichnend, daß die Produktion durchweg weiter zunahm. Allerdings dürfte nach dem neuen Vierteljahresbericht des Instituts für Konjunkturforschung eine zeitweilige Annäherung an den konjunkturellen Tiefstand erreicht sein — wobei sich besonders auch im Hinblick auf die Produktionsänderungen am Gold- und Kapitalmarkt — günstige Ausblicke auf lange Sicht eröffnen.

Die Forderungen über die Grateauschichten lauten ersichtlicherweise durchweg günstig.

Die Gesamtsumme der Sparanlagen in Preußen ist im April von RM. 5.898.500.000.— auf 5.942.700.000.— angewachsen. Unter Berücksichtigung des Zinsaufschlages beträgt der reine Zuwachs 44,2 Mill. RM. gegenüber 47,6 Mill. RM. im Vormonat.

Trotz der Diszontierung auf 4 1/2% hat die Reichsbank auch in der Berichtswoche noch nicht die mühsam erzielte Fälligkeit mit dem ungenügendlich flüssigen Geldmarkt herstellen können.

Aile Berufs-, Unterhaltungs- und Mode-Zeitschriften
heliert **Richard Arnold**, Buchhandlung, Leipzigerstr.

Kiefern-Nußholz- u. Brennholz-Auktion
Köpliz.

Mittwoch, den 11. Juni, kommen von 10 Uhr vorm. ab im Forsthaus Köpliz in üblicher Weise zum Angebot aus Durchforstung des Meisters:

- 1640 Kiefern 1.—3. Klasse = 438 fm
- 121 „ -Stangen 1.—3. Klasse
- 206 rm kief. Rollholz 1. Klasse
- 140 rm „ „ 2. „

Näheres und Listen im Forsthaus Köpliz und Rentamt Burgkennitz.

Prima junges fettes Rindfleisch
frische Flecke

empfehl
Hsh. Krausemann, Nachf.
Inh. Heinrich Schneider

Prima frisches Rindfleisch
und frische Flecke
empfehl **Willy Nög**

Dienstag
frischer Schellfisch
Goldbarsch
in Eispackung
Paul Mierzhöhe, Burgstraße
Beginne heute mit dem Verkauf von

Wirsingtohl

Kohlrabi usw.
Empfehle ferner alle Arten

Gemüse- und Blumenpflanzen
Herm. Reue, Gartenbaubetrieb

Spirituosen

ff. Liköre
Apfel- u. Johannisbeerwein
Rotwein
Simbeerfaß
empfehl **W. W. Becker**

Stadtkoffer

empfehl **Richard Arnold.**

Sommer-Sprossen

auch in den hartnäckigsten Fällen, werden in einigen Tagen unter Garantie durch das echte unschädliche Leimverfärbungsmittel „**Be-**“ Stärke B beseitigt. Keine Schälfr. Nr. M. 276.

Gegen Pidel, Mitterer Stärke A
Löwen-Apothete

Berteiler

für Lebensmittel an Privats gegen gute Bezahlung sofort gesucht. Angebote unter Angabe ev. Sicherheit unter **H. M. 571** an die Exped. dieses Blattes erbeten.

Achtung!

Am **Mittwoch, den 4. Juni, abends 7/9 Uhr**, findet im Bachmannschen Lokal eine Versammlung statt, zwecks Gründung eines Vereins zur

Hebung der Geflügelzucht

Alle Geflügelzüchter von Remberg und Umgebung werden herzlich eingeladen. **Die Einberufer**

Heimat-Fest
in Remberg.

Um den falschen Gerüchten entgegenzutreten, erklären wir, daß der **Festbeitrag nicht 2.— M.**, sondern **nur 50 Pfennig** beträgt. **Die Festleitung**

Zum Heimafest

Huhn's Kaffee's
frischgeröstete

Suche für sofort ein ordentliches fleißiges

Mädchen

Frau Fleischermeister **Schneider**

Vaterländischer Frauenverein der Parodie Rotta

Mittwoch den 4. Juni, abends 8 Uhr

Bersammlung

bei **Bleg, Busaft**
Die Vorsitzende

Krieger-Berein

Morgen Dienstag, den 3. Juni, abends 7/9 Uhr im **Baldbaum**

Bersammlung

Um recht zahlreichen Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

Küchenkanten

in großer Auswahl
empfehl **Richard Arnold**

Heute nacht 1 Uhr verschied sanft nach kurzem Kranksein, im Alter von 81 Jahren, nach einem arbeitsreichen, immer schaffensfreudigen Dasein unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester und Tante, Frau

Ww. Wilhelmine Müller
geb. Kretschmann
Hebamme a. D.

Dies zeigen in tiefer Trauer im Namen aller Hinterbliebenen an

Hermann Stechert und Frau
Marie geb. Müller

Remberg, den 1. Juni 1930

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 4. Juni, nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause, Kreuzstraße 4 aus statt



Mit dem Messer

bearbeitete man die Höhenrungen und Hornhaut noch vor 10 Jahren. Heute weiß man, daß das sehr gefährlich ist und dabei leicht eine Blutvergiftung bekommen kann. Darum

gebrauchen **Kukirol**

Millionen Die hundertmillionenfach bewährte Kukirol-Behandlung wird von zahlreichen Aerzten als sicher, unschädlich und einzigartig empfohlen und verwendet. Kaufen Sie sich gleich in der nächsten Kukirol-Verkaufsstelle eine Kleine Packung Kukirol-Pflaster für 50 Pfennig, oder eine Original-Packung mit der doppelten Menge für 85 Pf.

Bei Nichterfolg erhalten Sie Ihr Geld zurück!

Kukirol-Hauptverkaufsstelle: Löwen-Apothete

Magnet-Strümpfe
sind Qualitätsware

elegant
dauerhaft
preiswert

Wilhelm Weydanz

Eine schöne hochtragende **Färse**
Junge Milchkuh
und ein kleiner **Bulle zur Zucht**
siehen preiswert zum Verkauf
S. Dietrich, Weinbergstraße 22

hochtragende **Leine-Kuh**
steht zum Verkauf
Leipziger Neumarkt 24

Poetzsch-Kaffee
frisch eingetroffen
Ww. W. Becker
1/4 Morgen

Sabewiese
auf mehrere Jahre zu verpachten.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Gutes Stroh
aus der Scheune à Zentner 1,40,
gibt ab **Nachh Nr. 45**
Eine Fuhre guten

Ziegen-Dung
zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Volkswohl-Lotterie
für soziale und kulturelle Zwecke
Ziehung:
Noch diese Woche
Die letzten Lose
Los 1 M., Doppellos 2 M.
Auf Wunsch 90% in bar
Zu haben bei
Richard Arnold, Buchhandlung, Leipzigerstr.

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold Remberg — Fernsprecher Nr. 203.

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: "Landmanns Sonntagblatt" und "Militärisches Unterhaltungsblatt". / Bezugspreise: Monatlich für Abnehmer in den Landorten 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 4spaltige Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmefälle 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe und zumutlich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mk. das Zuhlen, zuzüglich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen falls zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 64

Dienstag, den 3. Juni 1930

32. Jahrg.

Neues in Kürze.

- * „Geß Jeyzelin“ ist wochenspezifisch in Katschlag gelandet.
- * Der Reichstagsabgeordnete Dr. Goebels ist wegen Verleumdung des Reichspräsidenten zu 800 Mark Geldstrafe verurteilt worden.
- * Der hiesige Staatsminister Baum hat in einer längeren Erklärung zu den Aufstellungen des Reichsinnenministers in der hiesigen Polizeifrage Stellung genommen.
- * Die von dem indischen Befehlshaber zur Sicherung der Ruhe und Ordnung herausgegebenen Maßnahmen zeigen wieder einmal die hohe Kultur Englands in der Behandlung der Bewohner seiner Kolonialstaaten.

Gegen das Waffengesetz.

Waffenheine für Hieb- und Stoßwaffen.

— Berlin, 31. Mai.

Die immer wiederkehrenden blutigen Zusammenstöße zwischen politischen Gegnern haben Verhandlungen zwischen dem Reich und den Ländern herbeigeführt, die bezwecken, ein Waffengesetz für den Gebrauch von Hieb- und Stoßwaffen zu schaffen. Die Erörterungen hat den Landesregierungen darüber in so gut wie abgeschlossen. Man rechnet damit, daß in etwa zwei bis dreiwöchigen drei Wochen das Reichskabinett seine Entscheidung über den Referentenentwurf beschließen kann. Jedenfalls soll noch vor der Sommerpause das Gesetz vom Reichsrat und Reichstag verabschiedet werden.

Das Gesetz soll das Tragen von Hieb- und Stoßwaffen in der Öffentlichkeit verbieten. Lediglich in Ausnahmefällen für berufliche und besondere Zwecke sollen dafür entsprechende Hieb- und Stoßwaffenheine ausgegeben werden, die allein zum Erwerb und zum Tragen von Schlagringen, Dolchen und ähnlichen Waffen berechtigen.

Die Häufung der blutigen Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, die Häufung der Überfälle auf offene Straße hat jetzt endlich zu einer Verschärfung der Maßnahmen geführt, die schon lange notwendig waren — zur Verschärfung der amtlichen Bestimmungen gegen den Waffenmißbrauch. Man hat vor ein paar Jahren die Bestimmungen über Schußwaffen erheblich verschärft. Bis vor einiger Zeit war zum Erwerb einer Schußwaffe nicht die Vorlegung eines Waffenheines erforderlich. Der Verkäufer durfte ohne weiteres verkaufen und der Käufer wurde nur verantwortlich gemacht, wenn man zufällig bei ihm die Waffe fand. Diese Bestimmungen sind dann dadurch verschärft worden, daß der Verkäufer selbst verantwortlich gemacht und ihm aufgegeben wurde, sich den Waffenheinen vorlegen zu lassen. Aber trotzdem hat während der letzten Jahre die Zahl der Schießereien zugenommen, wobei man die absolute Sicherheit haben kann, daß bei den blutigen Zusammenstößen die sich in Berliner Straßen und Berliner Vororten ereigneten, die Beteiligten auf beiden Seiten wohl keine Waffenheine hatten, obwohl sie über Schußwaffen verfügten. Die Strafbestimmungen sind also hier wohl nicht scharf genug gefaßt, um wirklich vor dem unberechtigten Verkauf und dem unberechtigten Erwerb von Schußwaffen abzuwehren, ganz abgesehen davon, daß eben vor dem Erlaß der letzten verschärfenden Bestimmungen schon eine große Anzahl von Waffen verkauft waren, die jetzt von Hand zu Hand gehen. Man wird, wenn man das vollständige Verbot wirklich erlassen will, also einmal die Strafbestimmungen zu verschärfen haben, zum anderen aber auch Mittel finden müssen, um die jetzt in den Händen extremer Verbände oder ihrer Angehörigen befindlichen Waffenbestände zu ermitteln und zu beschlagnahmen. Die Ausführung des kommenden Gesetzes soll selbstverständlich in die Hände der Länderregierungen gelegt werden. Es muß aber gerade, wenn das kommende Gesetz scharf und wirksam sein soll, dafür gesorgt werden, daß auch die Durchführung, die den Länderregierungen obliegt, einheitlich vor sich geht und daß nicht in einzelnen deutschen Ländern die Bestimmungen des Reichsgesetzes umgangen werden, denn in diesem Fall wäre das ganze Gesetz ein Schlag ins Wasser, und die Extremen würden nach wie vor Mittel finden, ihr auszuweichen.

Die Finanzlaminität des Reichs.

Mehrbedarf der Arbeitslosen: 600 Millionen.

— Berlin, 31. Mai.

Am Haushaltsausfluß des Reichstages stellte Reichsfinanzminister Moldenbauer zunächst fest, daß am Schluß des Rechnungsjahres 1929 ein Gesamtfehlbetrag von 465 Millionen Mark vorhanden war. Von diesem Betrage würden 15 Millionen für die im Jahre 1930 und 35 Millionen im Rahmen des allgemeinen Arbeitsprogramms verwendet werden.

Der Anleihebedarf des Reichs habe sich am Ende des Rechnungsjahres 1929 auf 81,7 Millionen belaufen. Der Minister behandelte dann die Entwicklung der Finanzen im Rechnungsjahre 1930. Er betonte, daß die Reichseinnahmen im April um 47,5 Millionen zurückgefallen seien und wandte sich dann den einzelnen Beiträgen und Verbrauchssteuern zu. Er glaube, daß das Haushaltsjahr 1930

einen Minderertrag von 86,6 Millionen bei den Beitrag- und Verbrauchssteuern ergeben werde, während er für die ersten 8 Monate der Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern abgaben einen Gesamtfehlbetrag von 60 Millionen erwarte. Der Minister meinte, daß spätere Mindererträge notwendig eine neue Gefährdung im Winter befürchten werden könnten.

Bei der Tabaksteuer reche er entsprechend für die ersten 8 Monate mit 40 Millionen Minderertrag, so daß er für das gesamte Jahr 1930 auf einen voraussichtlichen Fehlbetrag von 136,6 Millionen kam.

Dr. Moldenbauer erredete bei der Arbeitslosenversicherung einen weiteren Mehrbedarf von 600 Millionen Mark. Insgesamt betrage also der Fehlbetrag 736,6 Millionen. Zum Teil werde sich die Deckung dieser Mehranforderungen durch Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung fassen ergeben.

Bezüglich des noch verbleibenden Aufwases habe sich das Kabinett bisher ein allgemeines Bild über die Notwendigkeit einer Deckung und die hierfür gegebenen Möglichkeiten gemacht, ohne sich auf einen bestimmten Weg festzulegen.

Arbeit für 150 000 Erwerbstlose.

Stegerwald über das Arbeitslosenprogramm.

— Berlin, 31. Mai.

Reichsarbeitsminister Stegerwald hielt auf einer Kundgebung der Bundesauschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Freien Arbeiterbundes eine Rede über das Arbeitslosenproblem. Der Minister führte u. a. aus, wie befinden uns gegenwärtig in einer Weltwirtschaftskrise, die darauf beruht, daß durch den Krieg und seine Begleiterscheinungen große strukturelle Veränderungen in der Weltwirtschaft festzustellen sind und daß weiterhin die Produktionskapazität in Industrie und Landwirtschaft dem Bedarf weit voraus geht.

Die 2 Millionen Erwerbslosen schmücken die deutsche Kaufkraft weiterhin jährlich um 4–5 Milliarden Mark. In der Finanzpolitik des Reiches und der Gemeinden setzen in



der Wirtschaft erfolgen werden, und man argumentiert, daß die Bedürfnisse, die auf der jetzigen schlechten Lage beruhen, seien es Steuererhöhungen oder Abbaumaßnahmen, einen neuen und vielleicht noch dazu überflüssigen Druck auf die Wirtschaft ausüben müßten.

Wären die Voraussetzungen, von der diese Anschauungen ausgehen, bewiesen oder demweisbar, so müßte man den Schlußfolgerungen unbedingt zustimmen. Zweifellos muß man sich jede neue Steuer und auch jede Abbaumaßnahme doppelt überlegen, da die Depression der Wirtschaft nur vermehren kann. Die Hoffnung auf eine Besserung der Wirtschaft zum Herbst ist aber ein vollkommen unsicherer Faktor, und es ist daher fraglich, ob die Regierung mit diesem Faktor rechnen kann, ohne in ein allzu großes Risiko zu laufen. Eine Anzahl von Maßnahmen würde ja noch im günstigsten Falle notwendig sein, da die Arbeitslosigkeit weiterhin über normal bleibt, voraus auch noch bis zu dem Termine der verpöntenen Wirtschaftsbesserung weitere Anleihe finanzieller Art entstehen müßten. Selbst wenn die Regierung den optimistischen Auffassungen in der Bankwelt betreten sollte, wird es immer noch eine zweite Frage

bleiben, ob sie der Ausschließung eines größeren Teiles der Sontierungsmaßnahmen zustimmen wird.

Die Polizeifrage in Thüringen.

Staatsminister Baum zur Länderkonferenz.

— Weimar, 1. Juni.

Zu der Mitteilung des Reichsinnenministers über die Länderkonferenz in Berlin am 28. Mai 1930 nimmt jetzt Staatsminister Baum in einer längeren Erklärung Stellung, in der es u. a. heißt:

Nach Ansicht des Thüringer Staatsministeriums läßt die Rechtslage eine Sperrung der Reichszuschüsse wegen Einstellung von Nationalsozialisten nicht zu, weil dies den klaren Bestimmungen der Reichsverfassung widerspricht. Es besteht kein Anlaß, daran zu zweifeln, daß die zu Polizeidirektoren in Aussicht genommenen Beamten, deren Einstellung das Reich beanstandet, ihre künftigen Ämter entsprechend den Grundfragen unparteiisch verwalten werden. Der Anlaß, aus dem das Reich zur Sperrung der Zuschüsse an Thüringen herleitet, ist überdies viel zu unbedeutend, als daß man in ihm eine Gefahr für die Sicherheit des Landes oder des Reiches erblicken kann. Von den sechs für die Polizeidirektoren in Aussicht genommenen Beamten ist nur ein einziger eingetragenes Mitglied der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Wenn weiter zum Vertreter des Polizeidirektors in Weimar ein Gerichtsassessor bestellt werden soll, der Mitglied der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ist, so kann auch daraus niemals eine Gefahr für das Reich oder Land erblickt werden.

Gegenüber der Mitteilung des Reichsinnenministeriums über die Länderkonferenz muß festgestellt werden, daß eine Überereinstimmung der Ansichten der Innenminister nicht erfolgt ist und daß die Konferenzen weder Feststellungen getroffen hat, noch irgendwelche Beschlüsse fassen konnte. Eine Sperrung der Polizeizuschüsse durch das Reichsinnenministerium entbehrt der Rechtsgrundlage. Sollte die Sperrung wider Erwarten dennoch erfolgen, so würde das Staatsministerium gesonnen sein, die Entscheidung des Staatsgerichtshofes anzufordern.

Das Ausgabenentwässerungsgesetz.

Inhalt und Kritik.

Der Entwurf für das Ausgabenentwässerungsgesetz ist im Reichsfinanzministerium fertiggestellt und dem Reichskabinett vorgelegt, das am Montag erstmalig zu diesem bedeutungsvollen Vorhaben Stellung nehmen wird. Es handelt sich um ein Gesetz, das sich in der Hauptsache mit Fragen beamtenrechtlicher und besoldungspolitischer Art befaßt.

Neben Kürzung der Bezüge, Personalabbau, Kürzung des Urlaubs, Einstellungssperre, Penionierung, Aufhebung der Gleichstellung der verheirateten weiblichen Beamten, Heraushebung der Dienstaltersgrenze und Wiedererrichtung eines neuen Besoldungssperregesetzes für Länder und Gemeinden sind noch Bestimmungen geringfügiger Art wie Zusammenlegung und Auflösung von Behörden vorgesehen.

Die Kürzung der Bezüge soll durch die allmähliche Beilegung der örtlichen Sonderzuschüsse eintreten. Diese Sonderzuschüsse halten sich nur in sehr bescheidenen Grenzen. Sie werden nur in besonders teuren Großstädten und Industriegebieten sowie im besetzten Gebiet gezahlt. Wenn an einer Kürzung des Erholungsurlaubs im Hinblick auf die schwere finanzielle Lage des Reiches nicht vorzuzugreifen werden und muß sich auf diejenigen Beamten beschränken, deren Stellvertretung während der Erholungszeit mit Kosten verknüpft ist.

Völlig unverfänglich muten die Bestimmungen an, die sich auf einen Personalabbau beziehen. Es wird eine Verringerung der Kopfzahl des gesamten Personals der Reichsministerien um 10 Prozent angestrebt. Dies mag bei einzelnen, mit Personal überlegten Ministerien, insbesondere beim Reichswehrministerium und beim Reichsfinanzministerium angängig sein, bei den übrigen Reichsministerien ist die Arbeitsbelastung so groß, daß eine Verminderung der Beamten unmöglich erscheint. Auch die Bestimmung, daß für die nächsten fünf Jahre Mehraufwendungen in den Personalabteilungen der Beamten und Angestellten durch Verringerung der Kopfzahl ausgeglichen werden müssen, ist eine Subventionierung in sich ein, die in vielen Fällen zu weit, in anderen Fällen nicht ausreichend genug gehen dürfte.

Das Ziel einer Finanzreform kann nur darin gesehen werden, daß den Ländern und Gemeinden ihr Selbstbestimmungsrecht gesichert wird. Dieser Befehl ist allerdings anerkannter Grundlaß läßt jedoch nicht in Einfall bringen mit neuen Besoldungssperreverordnungen für Länder und Gemeinden, die zwar in einzelnen Fällen ein Pläze sein mögen, die aber im allgemeinen sich aber als unüberwindlich gezeigt und zur schnellen Befreiung des vor Jahren beschlossenen Besoldungssperregesetzes geführt haben.

Die Bestimmungen wegen Heraushebung der Dienstaltersgrenze von 65 auf 68 Jahre und wegen Kürzung der Pensionen für den Fall einer nebenberuflichen Tätigkeit werden im Hinblick auf die ernste Finanzlage hingeworfen werden müssen.